

**II-4482** der Beilagen zu den Stenographischen Protokollen  
des Nationalrates XVII. Gesetzgebungsperiode

Nr. 2336 /J

1988 -06- 13

A N F R A G E

der Abgeordneten MOTTER, Mag. PRAXMARER  
an den Herrn Bundeskanzler  
betreffend familienpolitisches Meinungswirrwarr der großen Koalition

Die große Koalition hat mit großen Worten auch hinsichtlich der Familienpolitik ihre Arbeit begonnen. Den Worten folgten bis jetzt jedoch keine Taten, außer jenen, die zu Verschlechterungen für die Familien geführt haben. Zu nennen ist hier u.a.:

- Reduzierung der Finanzierungsgrundlage des Familienlastenausgleichsfonds um eine Milliarde
  - Ausräumung des Familienlastenausgleichs zugunsten der Pensionsversicherung, der Arbeitslosenversicherung und anderer Leistungen, die nichts mit den Zielsetzungen des Fonds zu tun haben
  - Kürzung des Zeitraumes für die Gewährung von Familienbeihilfe für Kinder vom 27. auf das 25. Lebensjahr und Reduzierung aller damit in Zusammenhang stehenden gesetzlichen Regelungen (Schülerfreifahrten)
  - weitere Belastungen durch die geplante Steuerreform (Reduzierung der Absetzbarkeit von Sonderausgaben und der Geltendmachung von außergewöhnlichen Belastungen)
  - Tarifierhöhungen bei ÖBB und Post
  - Kürzung der Bausparkassenförderung
- und vieles mehr.

Dieser Belastungswelle standen bis jetzt jedoch keinerlei Verbesserungen gegenüber. Eine Erhöhung der Familienbeihilfe ist noch immer nicht in Sicht, weil der Familienlastenausgleichsfonds ausgeräumt ist und die Regierung aufgrund von großen Meinungsverschiedenheiten an einer positiven Arbeit für die Familien gehindert ist.

Die ÖVP spricht von Erziehungsgeld, Mehrkinderstaffelung und zuletzt sogar von einer Streichung der Familienbeihilfe für Familien mit einem

- 2 -

Kind. Die SPÖ widerspricht diesen Forderungen prompt, plädiert zwar für eine Erhöhung der Familienbeihilfe, unternimmt jedoch nichts, um diese auch zu erreichen. Auch die Verhandlungen um die Verankerung von Ehe und Familie in der Verfassung sind am toten Punkt angelangt. Dieser Zustand ist symptomatisch für die derzeitige Familienpolitik. Die Regierungsmitglieder und Parlamentsfraktionen der Regierungsparteien blockieren einander so sehr, daß es in der Familienpolitik nun zu einem völligen Stillstand gekommen ist.

Daher richten die unterfertigten Abgeordneten an den Herrn Bundeskanzler die nachstehende

A n f r a g e :

1. Was werden Sie hinsichtlich einer besseren Koordinierung der Familienpolitik innerhalb der Regierung unternehmen?
2. Weshalb gelang es der Regierung nach mehr als 1 1/2 Jahren nicht, positive Maßnahmen für die Familien gemäß der Regierungserklärung zu setzen?
3. Wie lautet Ihre Stellungnahme
  - a) zum von der ÖVP propagiertem Erziehungsgeld,
  - b) zur Mehrkinderstaffel,
  - c) zur verstärkten Altersstaffelung, wie sie in einem Antrag der FPÖ gefordert wird,
  - d) zum Vorschlag der ÖVP, die Familienbeihilfe für Familien mit einem Kind zu streichen?
4. Sehen Sie in naher Zukunft die Möglichkeit, die Familienbeihilfe zu erhöhen?
5. Werden Sie sich in der Regierung dafür einsetzen, daß die Familienbeihilfe besser nach dem Alter gestaffelt wird?
6. Wie beurteilen Sie die bisherige Arbeit des Familienressorts, das ja nur mehr einen kleinen Teil eines Ministeriums darstellt?